

Ein heikles Bild der Polizei

Entlastungspaket Dürfen Polizisten in Uniform eine politische Botschaft verbreiten? Dieser Frage musste sich der Zuger Regierungsrat gestern annehmen, nachdem Kritik an einem Plakatsujet der Gegner der Vorlage, über die am 27. November abgestimmt wird, laut wurde (Ausgabe von gestern). Dabei geht es insbesondere um die Abbildung einer Polizistin und eines Polizisten in Uniform. «Dieses Bild suggeriert, dass sich die Polizei des Kantons Zug gegen die Sparmassnahmen stellt», sagt Landammann Heinz Tännler.

Der Regierungsrat habe festgestellt, dass gerade die Plakate mit den beiden Polizisten in Uniform, die sich gegen das Entlastungspaket aussprechen, in der Bevölkerung Fragen ausgelöst habe, steht in einer gestern verschickten Medienmitteilung. «Diese Fragen wollen wir nun beantworten», so Tännler. «Der Regierungsrat stellt darum klar, dass die beiden ausserhalb ihrer Dienstzeit und in Uniform fotografierten Angehörigen der Zuger Polizei als Mitglieder des Verbands Zuger Polizei die Meinung des Verbands vertreten und nicht die Haltung der Zuger Polizei und der Sicherheitsdirektion.» Das Tragen der Uniform für diese Kampagne wurde von der Sicherheitsdirektion genehmigt.

Die Regierung ist der Meinung, dass nichts einzuwenden gewesen wäre, hätten die Polizistin und der Polizist sich in ziviler Kleidung ablichten lassen, und so erkennbar gewesen wäre, dass sie ihre private Meinung vertreten. «Der vorliegende Fall aber ist heikel», sagt der Landammann. «Es ist klar nicht der Fall, dass das gesamte Polizeikorps gegen die Sparmassnahmen des Kantons ist, wie das Bild suggeriert», führt Tännler aus.

Verhalten in Uniform muss geregelt werden

Es sei für die Regierung klar, dass Meinungs-, Rede- und Medienfreiheit Grundrechte und unabdingbare Bestandteile der Demokratie seien. Der Regierungsrat anerkennt auch das Recht des Einzelnen, sich politisch zu engagieren und seine Überzeugung in einem Wahl- oder Abstimmungskampf zu äussern. Der Regierungsrat werde aber nun die Frage klären, wie hoheitliche Symbole, wie die Polizeiuniform eines ist, künftig eingesetzt werden dürfen. Konkret werden wohl Weisungen zum Verhalten in Uniform ausgearbeitet werden, sagt Tännler. (haz)

«Es bleibt ein steiniger Weg»

Abstimmung Der Zuger Versorger WWZ sieht sich für einen Atomausstieg grundsätzlich gut aufgestellt. Der CEO Andreas Widmer erklärt im Interview, warum der Zeitpunkt dabei entscheidend ist.

Interview: Bernard Marks
bernard.marks@zugerzeitung.ch

Am 27. November stimmt das Schweizer Volk über den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie ab. Trotz Tschernobyl und Fukushima leistet sich die Schweiz weltweit die ältesten AKW. Andreas Widmer, sollten die Schweizer Atomkraftwerke nicht langsam vom Netz gehen?

Die WWZ unterstützen die Energiestrategie 2050, wie sie von Bundesrat und Parlament beschlossen worden ist. Sie beinhaltet einen geordneten Ausstieg aus der Kernenergie. Wir sind der Meinung, dass man bestehende Kernkraftwerke in diesem Rahmen weiterbetreiben soll, solange sie sicher sind: einerseits, um die zuverlässige Stromversorgung gewährleisten zu können, andererseits, um Volksvermögen nicht unnötig zu vernichten.

Volksvermögen, was meinen Sie damit?

Die grossen Energieunternehmen wie Axpo und Alpiq gehören den Kantonen und damit dem Volk. Vor allem diese beide Konzerne haben vor Jahren Milliarden in Atomenergie investiert. Ein vorschneller Ausstieg aus der Atomkraft würde damit auch Geld des Volkes vernichten.

Wie viel Atomstrom verbrauchen Schweizerinnen und Schweizer heute eigentlich?

Die Schweizer Kernkraftwerke produzieren heute 40 Prozent des Stroms, der im Land verbraucht wird. 60 Prozent stammen aus Wasserkraft. Die Energiestrategie 2050 zeigt den Weg auf, wie diese 40 Prozent langfristig ersetzt werden können.

Was würde denn genau passieren, wenn alle Schweizer Atomkraftwerke abgestellt würden?

Bei einem übereilten Ausstieg, wie von der Initiative gefordert, würden diese 40 Prozent zuverlässige Stromproduktion fehlen, was Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit hat – insbesondere im Winter – und dazu führt, dass Strom aus dem Ausland – aus französischen Kernkraftwerken, aber vor allem aus deutschen Kohlekraftwerken – importiert werden muss. Dies verursacht zusätzliche CO₂-Belastungen, und die Strompreise



Gehen bei einem Ausstieg aus der Atomenergie die Lichter in Zug aus? Bild: Bruno Arnold (2. November 2005)

in der Schweiz würden massiv steigen. Nicht zuletzt wäre mit Schadenersatzforderungen der Kernkraftwerksbetreiber in Milliardenhöhe zu rechnen, die der Steuerzahler tragen müsste.

Ist das nicht Schwarzmalerei?

Nein, wir können heute schon beobachten, dass die Einkaufspreise für Strom aus dem Ausland rapide steigen, wenn ein Kraftwerk, wie aktuell in Leibstadt, abgestellt wird. Schon beim geordneten Ausstieg aus der Kernenergie sind die Versorgungssicherheit und die Zurverfügungstellung genügender Versorgungskapazitäten eine grosse Herausforderung. Ob das bis 2050 gelingt, wird sich zeigen. Ein vorzeitiger Ausstieg, wie ihn die Initiative fordert, wird das Problem massiv verstärken.

Wie sind die Voraussetzungen für den Kanton Zug?

«Die regionale Energielandschaft lässt sich nicht von heute auf morgen umstellen.»



Andreas Widmer
CEO WWZ AG

In Zug sind die WWZ etwas anders aufgestellt als Firmen wie die Axpo. Der öffentlichen Hand gehören nur 30 Prozent, der Rest ist im Privatbesitz. Nur 5 Prozent des Stroms, der im Kanton verbraucht wird, wird lokal produziert. Tragende Säulen sind sieben von den WWZ betriebene Wasserkraftwerke entlang der Lorze. Diese produzierten 2015 rund 24 Millionen Kilowattstunden Strom. Die restlichen 95 Prozent Strom zur Versorgung unserer Region beziehen wir von Schweizer Wasserkraftwerken sowie aus Schweizer Kernkraft. Ein überstürztes Abschalten der Schweizer Kernkraftwerke würde somit eben auch unsere Kunden betreffen.

Sollte man dann nicht mehr Solarkraftwerke bauen?

Das tun wir in Zug bereits. Im Sinne der Energiestrategie 2050 engagieren wir uns seit langem

im Bereich des Ausbaus der Solarenergie und der Energieeffizienz. Doch bleibt es ein steiniger Weg.

Warum?

Die regionale Energielandschaft lässt sich nicht von heute auf morgen umstellen. Ende 2015 waren zum Beispiel fast 450 Fotovoltaikanlagen im WWZ-Versorgungsgebiet am Netz, die rund 10 Millionen Kilowattstunden Strom produzierten. Das macht aber erst rund 1,5 Prozent des Strombedarfs in unserer Region aus – und das nur an Tagen, wenn die Sonne scheint.

Braucht die Schweiz also noch mehr Zeit für die angestrebte Energiewende?

Ja. Um eine sichere Stromversorgung zu garantieren – das heisst um einen Blackout zu vermeiden –, muss jederzeit gleich viel Strom produziert werden, wie verbraucht wird. Wie von der Energiestrategie 2050 aufgezeigt, benötigen wir Zeit, um die 40 Prozent Schweizer Stromproduktion aus Kernkraft zu ersetzen. Die Kernkraftwerke produzieren witterungs-, tages- und jahreszeitunabhängig zuverlässig rund um die Uhr Strom; die Produktion aus erneuerbaren Energien dagegen ist abhängig von Sonne und Wind – dieser Strom fällt unregelmässig an. Die Stromverfügbarkeit muss aber auch garantiert werden, wenn kein Wind weht oder wenn es Nacht ist. Ein sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, wie ihn die Atomausstiegsinitiative fordert, ist überstürzt.

Würde bei einem abrupten Ausstieg aus der Atomenergie die Schweiz insgesamt mehr dem europäischen Strommarkt ausgesetzt sein?

Heute ist die Schweiz aufs Jahr betrachtet recht unabhängig. Der europäische Strommarkt dient zur Optimierung von Stromangebot und -bedarf in der Schweiz. Bei einem vorzeitigen Abschalten von 40 Prozent der Schweizer Produktion würde aber der Import von Strom massiv zunehmen und damit auch die Abhängigkeit der Schweiz von Europa.

Andreas Widmer (56) ist seit 2008 CEO des Zuger Versorgers WWZ.

ANZEIGE

Roland Frei als Stv. Friedensrichter

kompetent – erfahren – politisch unabhängig

Wir unterstützen Roland Frei

Marianne & Josef Arnold · Dr. iur. Manuel Brandenburg, Rechtsanwalt, Fraktionspräsident SVP Kanton Zug · Dr. iur. Roland Bruhin, Rechtsanwalt und Notar · Oli Buholzer, Zahnarzt · Doris Burri-Bucher, Rechtsanwältin · Philipp Burri · Toni Camenzind · Nathalie Chiodi · Daniel Christen, Grafikdesigner · Thomas Ehrensperger, Präsident Alternative Die Grünen der Stadt Zug · Philipp Felber · Corneli Frei, Marketingfachmann · Thomas Glauser · Matthys Hausher, Rechtsanwalt · Beat Holdener · Beni Hotz · Dr. oec. HSG Pirmin Hotz · Rahel & Werner Hürlimann · Zeno Hürlimann · Elisabeth Kamer · Stephan Kamer · Alex Kobel, Prorektor GIBZ · Barbara Kurth-Weimer, Präsidentin LVZ · Adrian Moos, Rechtsanwalt und Notar · Yvonne Odermatt · Susanna & Miles Peyer · Urs Rust, Unternehmensberater · Claudia Schmid-Bucher · Martin Spillmann · Monika Trinkler, Controllerin · Walter Speck · Gertrud Weber · Karin Zürcher.

Komitee «Roland Frei als Stv. Friedensrichter», Tellenmattstrasse 45b, 6317 Oberwil

